

Selbsterstörung der FPÖ

Es gibt nichts, was es nicht gibt. Hier sollte ein Text über die Beteiligung an Wahlen zum Europäischen Parlament stehen. Das interessiert im Moment niemand. Stattdessen hat Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache sich und seine Regierungspartei FPÖ in die Luft gesprengt.

1 Das Wichtigste zuerst: Was wir erlebt haben, hat nichts damit zu tun, dass Politiker versuchen bei Medien zu intervenieren und die Berichterstattung irgendwie zu beeinflussen. Nein, der spätere Vizekanzler der Republik entwarf offenbar schwer betrunken Pläne, mit ausländischer Hilfe die Krone als mit Abstand größte Tageszeitung der Land zu kapern. Strache wollte unabhängige Journalisten eigenhändig hi-

nauswerfen und stattdessen blaue FPÖ-Schreiberlinge anstellen und „aufbauen“. Das ist nicht bloß „Orbanismus“ wie in Ungarn, sondern das hörte sich aus Mediensicht an wie bei einem Mächtigen-Diktator.

2 Ganz genauso übel ist es, über Staatsgeschäfte als führender Politiker zu schwadronieren, als wären sie der billigste Kuhhandel. Was man so nicht sagen sollte, denn der Vergleich beleidigt jeden braven

Landwirt. Das Auftreten von Heinz-Christian Strache war – so sagt er inzwischen selbst wörtlich – dumm, unverantwortlich, peinlich und katastrophal.

Er führte sich auf, als könne er für die Republik Österreich Aufträge an eine vermeintlich russische Geldgeberin wie Freikarten für ein Fußballspiel vergeben. Oder Gratisgetränke im Bierzelt. Dass er zugleich betonte, dabei müsse alles rechtlich in Ordnung sein, klingt wie



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Hohn. Wenn das kein politischer Rücktrittsgrund ist, was sonst?

3 Es geht also gar nicht darum, ob Straches Aussagen rechtlich ein Problem darstellen. Wer sich so wie er und sein Klubobmann im Parlament Johann Gudenus gibt, hat in den höchsten Ämtern unseres Landes nichts verloren. Das können auch

Renommierter Wirtschaftsanwalt, der Ernst Strasser verteidigte, im Interview:

„Was war nach dem Treffen?“

Wer könnte besser über die Folgen derartiger Affären Bescheid wissen als der renommierte Wirtschaftsanwalt Thomas Kralik: Er begleitete den früheren Spitzenpolitiker Ernst Strasser durch dessen Strafverfahren. Sein „Befund“ zum jetzigen Zeitpunkt: „Entscheidend ist, was nach dem Treffen auf Ibiza passiert ist.“

Ernst Strasser wurde nach 2014 zu drei Jahren Haft verurteilt, die er bereits verbüßt hat. Wie Thomas Kralik ausführt, waren nicht jene in Restaurants in Brüssel aufgenommenen Videos für die

Verurteilung wegen Bestechlichkeit maßgeblich, in denen der damalige EU-Abgeordnete prahlte, er könne EU-Recht beeinflussen. Entscheidend war, dass Strasser danach bei einem Vorsitzen-



den eines EU-Fachausschusses zu intervenieren versucht hat. Kralik: „Der Fall Strache ist rechtlich spannend. An und für sich war er damals zwar österreichischer Abgeordneter, aber

im rechtlichen Sinn kein „Amtsträger“. Der Anwalt meint, es müsse geprüft werden, ob es nach dem Treffen strafrechtlich relevante Aktivitäten Straches gab. Dieser bestreitet jeden weiteren Kontakt mit dem Lockvogel.

Unter Spitzenjuristen ist die Frage umstritten, ob Strache und Gudenus sich strafbar gemacht haben. Möglicherweise beantwortet sie erst der Oberste Gerichtshof.

/// DER IBIZA-SKANDAL /// DER IBIZA-SKANDAL /// DER IBIZA-SKANDAL /// DER IBIZA-SKANDAL ///

Management bestätigte: Böhmermann kannte Video

Der deutsche Satiriker Jan Böhmermann kannte das heimliche Video des zurückgetretenen Vizekanzlers bereits seit Wochen. Das bestätigte sein Manager Peter Burtz am Samstag. Dieser dementierte jedoch Gerüchte, wonach Böhmermann die Aufnahmen für seine Show zuvor angeboten wurden. Bereits im April hatte der

deutsche Satiriker bei der Verleihung der Romy-Akademiepreise in einer Video-Botschaft Andeutungen zu dem Fall gemacht – Zitat: „Ich kann den Preis nicht persönlich abholen, weil ich gerade ziemlich zugekokst und Red-Bull-betankt mit ein paar FPÖ-Geschäftsfreunden in einer russischen Oligarchen-Villa auf Ibiza abhänge.“ Er verhandle gerade, wie er die „Krone“ übernehmen könne, dürfe darüber aber nicht reden.



und Neuwahlen

Nebelgranaten und Ablenkungsmanöver der FPÖ nicht verschleiern.

Es ist spannend, wer das Video gedreht hat. Das ändert aber rein gar nichts an seinem erschütternden Inhalt. Dafür sind allein Strache und Gudenus verantwortlich und sie bestreiten auch nicht, dass das Video echt ist.

4 Somit blieb nur die Frage, was Bundeskanzler Kurz macht. Letztlich war der Weg in Neuwahlen seine einzige Möglichkeit. Was sonst hätte er denn tun sollen? Mit anderen Politikern der FPÖ weitermachen, die bisher Straches engste Vertraute waren und ausgerechnet dieser ihm vorgeschlagen hat?

Das geht nicht. Nach unserer Bundesfassung wären rein theoretisch auch ein fliegender Koalitionswechsel zur SPÖ oder eine Minderheitsregierung mit deren Unterstützung möglich gewesen. Doch warum sollten die Sozialdemokraten da mitmachen und Kurz die Mehrheit erhalten?

5 Denn ganz frei von allen Vorwürfen kann der Bundeskanzler sich nicht spielen. Niemand ist direkt dafür verantwortlich, was sein Partner anstellt, doch man hat ihn sich ausgesucht. Der Skandalfall Strache und Gudenus ist ja nicht ideologisch, also geht es nicht um rechts oder links. Es bestanden ganz unabhängig davon Zweifel,

ob Strache & Co. als Personal wirklich gut regierungsfähig sind. Nun hat ein Videodokument als Sittengemälde gezeigt, dass Kurz bei der Partnerwahl ins Klo gegriffen hat.

6 Wenig verständlich ist auch, warum Kurz mit seiner Entscheidung so lange zuwartete. Zugegeben sind Journalisten und wir in der Krone mittlerweile befangen. Immerhin nennt Strache im Video uns „Huren“ und Schlimmeres. Da ist es nicht leicht emotionslos zu bleiben. Doch Kurz galt bisher als erfolgreicher Medienkanzler. Nun war es wenig geschickt von ihm Stunden über Stunden abzuwarten. Das schwächt sein Image als entscheidungs-

starke Führungsperson. Zudem gelangte so ziemlich jedes Gerücht in Umlauf. Noch dazu, wo es seit vorgestern aus seinem Umfeld geheißt hat, Kurz „wisse jetzt, wie er vorgehen wird“.

7 Der allergrößte Flurschaden ist freilich schon angerichtet. Er betrifft nicht Kurz und nicht einmal die FPÖ. Ein Verlierer ist unsere Demokratie. Politik galt schon lange als übel beleumdete Branche. Weniger als 10 Prozent vertrauen nach Studien Politikern. Das wird nun noch schlechter werden.

Achtung Ironie: Danke, Herr Strache! Und bei der letzten Nationalratswahl erklärten zwei Drittel, dass die Parteien – und da waren alle gemeint – sich nur um ihre eigenen Anliegen und nicht die Sorgen der Wähler kümmern. Auch dieser Wert wird nochmals steigen.

Jetzt steht auch noch illegale Finanzierung im Raum

Rechnungshof prüft die FPÖ

Das brisante Ibiza-Video birgt nicht nur politischen Sprengstoff. Es könnte für die gesamte FPÖ doch auch strafrechtlich relevant werden. Dabei geht es um Verstöße gegen das Parteien-Finanzierungsgesetz, das immerhin Verfassungsrang hat. Der Rechnungshof will prüfen. Auch Wirtschaftsprüfer könnten betroffen sein ...

Jede politische Partei kann diesem Gesetz nach Spenden annehmen – aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Jeder Betrag über 3500 Euro ist namentlich zu erfassen. Spenden über 50.000 Euro müssen unverzüglich dem Rechnungshof gemeldet werden. Keine Spenden dürfen Parteien von Ausländern annehmen, wenn sie höher als 2500 Euro sind. Und verboten sind auch Zuwendungen von anonymen Spendern über 1000 Euro sowie „weitergeleitete“ Spenden ungenannter Dritter ...

Dass Rechnungshof-Präsidentin Margit Kra-



Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker: „Starkes Interesse“

ker „ein starkes Interesse an völliger Aufklärung“ hat, bestätigt ihr Sprecher Christian Neuwirth: „Die FPÖ wurde bereits zur Stellungnahme aufgefordert!“

Eng könnte es damit auch für manche Wirtschaftsprüfer werden. Denn der Rechenschaftsbericht der Parteien muss von ihnen geprüft und für in Ordnung befunden werden, ehe er dem Rechnungshof übermittelt wird. Ein „Verein“, über den Großspenden gelaufen sein sollen – wie Strache es im Video deutlich sagte – gilt als „juristische Person“ und obliegt denselben Spenden-Bestimmungen!

Man darf annehmen, dass auch die Korruptionsstaatsanwaltschaft einiges zu tun bekommen wird ...



Foto: Martin Jöchl

Rechtsanwalt Thomas Kralik verteidigte Ernst Strasser.

DER IBIZA-SKANDAL ///

Baukonzern Strabag überprüft Aufträge

Der Baukonzern Strabag will alle Auftragsvergaben des vergangenen Jahres noch einmal prüfen lassen. Grund ist das Enthüllungsvideo, in dem Strache der falschen russischen Oligarchin sämtliche öffentlichen Bauaufträge in Aussicht stellte.